

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

24.4.1923 (No. 95)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 963
und 964
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangelegen:
Chefredakteur
G. A. u. d.
Karlsruhe.

Resubskriptionspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für April 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigenpreis: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Element Rechte. ...

Amtlicher Teil.

Die Brennholzpreise.

Die Preisbildung des Brennholzes in den Staatswaldungen war in letzter Zeit wiederholt Gegenstand der öffentlichen Kritik. Diese meist abfällige Beurteilung der Preispolitik des Staates ist sachlich nicht begründet.

Wohl sind auch die Brennholzpreise mit der Geldentwertung gestiegen; die Preissteigerung war aber durchaus angemessen, es erreichten die heutigen Anschläge des Brennholzes nicht den mit der Teuerungsziffer der allgemeinen Lebenshaltung verhältnismäßigen Friedenspreis.

Der Verwaltungsaufwand, die Holzjuristungsabgabe und nicht zuletzt die Unterhaltungskosten der durch die Holzabfuhr in Anspruch genommenen Waldwege sind schon seit längerer Zeit derartig im Wachstum begriffen, daß die geringeren Holzpreise bei dem jetzigen Preisstand des Brennholzes ohne Verluste der Wirtschaftsführung nicht mehr aufbereitet werden können.

Die Auffassung der auf den Fernbezug angewiesenen Bedarfsgemeinden geht übrigens übereinstimmend dahin, daß der Brennholzeinschlag nicht durch allzustarke Druck auf die Waldbesitzer unterbunden werden dürfe, obwohl gerade diese Gemeinden durch die hohen Wagnistransportkosten besonders belastet werden. Die Erfahrungen der vergangenen Zeit haben nämlich gezeigt, daß der Brennholzeinschlag in einer für die Verbraucher nachteiligen Weise eine Einschränkung erfahren wird, wenn bei der Festsetzung der Anschläge in den Staatswaldungen die gleichzeitig für die übrigen Waldungen als Angemessenheitspreise gelten, diese zu sehr gedrückt werden.

Die süddeutschen Nachbarstaaten haben meist wesentlich höhere Brennholzpreise als Baden. Es geht dies aus der folgenden Vergleichung der Preise für einen Ster Brennholz hervor:

Table with 6 columns: Buchenscheiter, Buchenscheiter, Nadel-scheiter, Nadel-scheiter, II. Kl., II. Kl. and rows for Baden (mittlere Preiskategorie), Bayern, Hessen.

Die württembergischen Preise sind ebenfalls etwas höher wie die badischen.

Einen weiteren Maßstab bieten die Preise des Holzes soweit es im freien Handel verwerdet wird. Hier betragen die Brennholzpreise das Doppelte und mehr der amtlichen Anschläge.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß unter Zugrundelegung der amtlichen Holzpreise die Brennwerte des Holzes auch bei den heutigen ermäßigten Kohlenpreisen noch erheblich billiger zu stehen kommen, wie die Brennwerte entsprechender Kohlenmengen.

Abrundung des Steuerabzugs.

Nach der Abrundungsverordnung vom 31. März 1923 sind die im Wege des Steuerabzugs vom Arbeitslohn einzubehaltenden Beträge künftig auf die nächsten vollen zehn Mark nach unten abzurunden. Dies gilt ohne Rücksicht auf die Lohnzahlungsperiode (Tagelohn, Wochenlohn usw.) bei jeder nach dem 20. April 1923 erfolgenden Lohnzahlung.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die in den letzten Wochen beobachtete Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hält weiterhin an. Erwerbslose konnten zum Teil mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden. Einzelnen Firmen war es möglich, von der Kurzarbeit zur Vollarbeit überzugehen. Dies steht jedoch in gar keinem Verhältnis zu der steigenden Zahl von Betriebs einschränkungen, wie solche in der Berichtswochen in Baden von 53 Firmen vorgenommen werden mußten; davon wurden rund 2000 männliche und 1100 weibliche Arbeitskräfte betroffen.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften beschränkt sich weiterhin auf geschultes landwirtschaftliches Personal, Diensthofen, Köchinnen und weibliches Wirtschaftspersonal.

Großherzogin-Witwe Luise †.

Mit tiefer und aufrichtiger Trauer wird das badische Volk und darüber hinaus ein großer Teil des gesamten deutschen Volkes die Nachricht von dem gestern abend erfolgten Ableben der Großherzogin-Witwe Luise von Baden vernehmen. Diese Trauer mag in monarchisch empfindenden Kreisen vornehmlich der Fürstin gelten. Für weitere Kreise unseres Volkes handelt es sich dabei um ein anders geartetes Gefühl der Trauer, nämlich um ein Gefühl der Trauer, das in aller erster Linie dem bedeutenden und guten Menschen gilt. Und wahrlich, die Entschlafene hat auf dieses Gefühl der Trauer, das sich ergibt aus dem schmerzlichen Bedauern eines Verlustes, der das Volk in seiner Gesamtheit betroffen hat, gerechten Anspruch. So können wir auch vom republikanischen Standpunkt aus den Männen der verstorbenen Fürstin einen Gedankenspruch widmen, der getragen ist von warmer und echter Anerkennung und eben von jenem Schmerze, der einen jeden Patrioten zu beschleichen pflegt, wenn er vernimmt, daß ein hervorragender, deutscher Mensch dahingeshieden ist.

Großherzogin-Witwe Luise von Baden, die die einzige Tochter Wilhelms I. und seiner Gemahlin Augusta war, ist schon mit jungen Jahren als Gattin Friedrichs I. von Baden in unser Land gekommen. Seitdem hat sie ununterbrochen inmitten des badischen Volkes gelebt, und 67 Jahre sind seit jenem Tage, da sie an der Hand ihres Gemahls badischen Boden betrat, verstrichen. Mehr als zwei Menschenalter hat sie unter uns gewohnt und sich während dieser langen Zeit mit dem Bewußtsein und dem Empfinden der badischen Bevölkerung so innig zu vermählen gewußt, daß sie wirklich zu einer volkstümlichen Erscheinung im besten Sinne dieses Wortes wurde.

Feindselige Äußerungen sind über ihren Charakter und ihr Wirken nie laut geworden. Sie besaß jene Gaben des Geistes und des Gemütes, die ihr Zuneigung und Achtung erwerben mußten. Daß bei alledem manche Regung ihres Herzens nicht ganz verstanden und demnach wohl auch kritisiert worden ist, braucht nicht verschwiegen zu werden. Im Leben eines Menschen kommt es darauf an, die Summe zu ziehen, das Saldo zu betrachten. Und dieses Saldo sieht für die entschlafene Fürstin wahrhaft günstig aus.

Großherzogin Luise war eine geistig überaus rege Frau, eine Organisatorin und Anregerin ersten Ranges, persönlich unermüdet tätig und von wirklichem Fleiß befeelt. Die Gebrechen des Alters haben diesen Drang zur Tätigkeit in ihr nicht zu erlösen vermocht. Man darf sagen, daß sie bis zu ihrem Tode Mitarbeiterin geblieben ist an allen den Werken, die sie entweder selbst ins Leben rief, oder denen ihr Interesse geweiht war.

Als echte deutsche Frau war das Hauptgebiet ihrer Tätigkeit das der Fürsorge und sozialen Hilfsbereitschaft. Die Fürstin besaß ein nicht nur angeleitetes, sondern in ihrem Gemüt verankertes, soziales Empfinden. Und mochten die Grenzen, die das alte System nun einmal auch hier zu errichten pflegte, ihrem Wirken nie und da hinderlich sein und ihm eine gewisse Einseitigkeit aufprägen, so bleibt der redliche Wille und die manchmal schier männlich anmutende Tatkraft der Fürstin doch unter allen Umständen anzuerkennen, zumal sich nicht leugnen läßt, daß diesem Willen und dieser Tatkraft in einem ganz bestimmten Umfange große Erfolge erwuchsen. Als Gründerin des Badischen Frauenvereins — die Gründung erfolgte bereits im Jahre 1859 — hat sich die Entschlafene ein historisches Verdienst erworben. Und sie ist bis zu ihrem Tode in den Bahnen, die sie sich mit dieser Gründung vorgezeichnete, weitergegangen, ohne Ermüdung und ohne Nachlassen ihres Interesses. Es liegt etwas imponierend Konsequentes im Wirken dieser Fürstin, und dem Eindruck dieser Konsequenz wird sich niemand entziehen können.

Aber auch sonst hat Großherzogin Luise am gesamten Leben des badischen Volkes jederzeit lebhaften Anteil genommen. Die Nachstellung, die sie als Gattin eines regierenden Fürsten besaß, gab ihr ja dazu reiche Gelegenheit. Man darf über ihrer Tätigkeit auf sozialem Gebiet ihr starkes Interesse für alle Angelegenheiten der Kunst und der Wissenschaft nicht vergessen. Sie war eine Anhängerin des klassischen Humanitätsgedankens auf christlicher Grundlage und hat in dem Bestreben, ihre an

und für sich reiche Bildung zu ergänzen, wohl bis zu ihrem Tode nicht nachgelassen.

Politisch hat sie im großen und ganzen die liberalen Grundauffassungen ihres Gemahls geteilt. Und, wie sich jetzt wieder aus den Memoiren des Grafen Waldersee ergibt, zusammen mit ihrem Gatten über die Entwicklung unserer Politik unter der Regierung ihres Neffen, Wilhelms II., ein manchmal sehr richtiges Urteil gehabt. Wie erzählt wird, hat sie mit klugem Blick manches vorausgesehen, was sich dann nachher faktisch ereignete. Allerdings hat diese Tatsache besserer Erkenntnis ihre Angst und ihren Schmerz um diese Entwicklung nur vergrößert. Gottlob besaß sie aber eine viel zu willenskräftige Natur, um sich dadurch völlig niederdrücken zu lassen.

Es hat nie an Stimmen bei uns gefehlt, die der Großherzogin Luise eine gefühlsmäßig ja nicht unerbittliche, politisch aber für unser Land bedenkliche Sinnigung zum Preukentum nachsagen. Es ist hier nicht der Ort, auf diese Frage des Näheren einzugehen. Nur so viel sei gesagt, daß sie, wenn diese Neigung an sich bestand, doch bewußt nie entgegen den Wünschen und Interessen des badischen Volkes gehandelt hat. Daß sie sich sehr bald als Badnerin fühlen lernte, haben wir schon oben bemerkt. Und die Tatsache, daß sie sich für badische Heimat- und badische Heimatspflege mit der ganzen Energie ihrer Persönlichkeit einzusetzen wußte, beweist ebenso wie die andere Tatsache, daß sie bei uns in Baden wirklich volkstümlich werden konnte, zur Genüge die Unrichtigkeit jener Auffassung, die in ihr vor allem eine Sachwalterin preussischer Interessen zu erblicken glaubte.

Zudem dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß die historische Aufgabe Badens bei der Neubegründung des Reiches ja gerade in einem beträchtlichen Aufgeben badischer Vorrechte und in einer weitgehenden Berücksichtigung der Bedeutung und der Ansprüche Preußens bestand. Man hat später vom rein badischen Standpunkt aus diese Politik verurteilt. Und man wird diese Verurteilung verstehen. Aber damals handelte es sich um einen höheren Gesichtspunkt. Und diesem höheren Gesichtspunkt hat sich Baden unter der Führung seines Fürstentums untergeordnet, und zwar untergeordnet zum Geleite des großen Ganzen. Ist die badische Betrachtungsweise der Dinge berechtigt, so nicht minder die deutsche Betrachtungsweise. Und sicherlich hat Großherzogin Luise immer geglaubt, gleichzeitig dem badischen Lande und dem Reiche nützen zu können, wenn sie im großen und ganzen eine Politik bevorzugte, die nicht nur in Karlsruhe orientiert war, sondern auch nach Berlin schaute. Die Sorge um ihren kaiserlichen Neffen aber — eine Sorge, die ja nur zu berechtigt war — hat ferner dabei mitgeholfen, ihr Interesse an den Vorgängen in Berlin, an den Vorgängen im Reiche und in Preußen nach zu halten.

Die Großherzogliche Familie, voran der frühere Großherzog Friedrich II., wird durch das Ableben der greisen Fürstin aufs tiefste und schmerzlichste betroffen. Man weiß, mit welcher zärtlichen Liebe Friedrich II. an seiner Mutter hing. Die badische Bevölkerung wird diesen Schmerz und diese Trauer mitempfinden. Und der Ausdruck herzlichen Beileids sei deshalb auch an dieser Stelle der Großherzoglichen Familie dargebracht!

Großherzogin Luise von Baden wurde als Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen am 8. Dezember 1838 in Berlin geboren. Am 20. September 1856 vermählte sich die kaum achtzehnjährige mit dem Großherzog Friedrich I. von Baden und hielt einige Tage darauf in Mannheim an der Seite ihres Gemahls, vom Rheintor kommend, ihren ersten Einzug in badisches Land. Schon in den ersten Jahren der Regentenschaft richtete sie ihr Hauptaugenmerk auf eine großzügige Organisation charitativer Hilfsätigkeit. Am 4. Juni 1859 erschien ihre Denkschrift an den Präsidenten des Ministeriums, die eine Organisation der helfenden Tätigkeit der Frauen anstrebte. Der Badische Frauenverein wurde bereits am 6. Juni 1859 gegründet und konnte bis in den Weltkrieg 1914/18 unter der greisen Protektorin auf eine überaus seltene und reiche Hilfsätigkeit zurückblicken, wie sie eine solche wohl wenige charitative Organisationen und Bestrebungen aufweisen können.

Nach dem am 29. September 1907 erfolgten Tode Großherzog Friedrich I. lebte sie zurückgezogen teils im Karlsruher Residenzschloß, teils in Baden-Baden oder auf der Insel Mainau im Bodensee. Seit der Revolution wendete sie vorwiegend in Baden-Baden, stets noch mit unermüdetem Schaffensgeist am Hilfswerk ihrer vor 64 Jahren gegründeten Organisation, dem Badischen Frauenverein, weiterarbeitend. Auf den Arm ihrer Kammerfrau gestützt verließ sie am gestrigen Abend, als sie sich zur Abendmaßzeit begeben wollte, in Baden-Baden.

Der Abtransport der Kohle von Essen.

Die „Frankfurter Zeitung“ gibt in einer Drahtmeldung ihres Essener Korrespondenten folgenden interessanten Überblick über den Abtransport der im Ruhrgebiet lagernden Kohle. Es heißt (in Nr. 269) dort:

Die genauen Ziffern über die Kohlenabfuhr im Monat März liegen jetzt vor. Danach wurden im ganzen Monat März 990 Wagen Kohle und Koks aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich und Belgien abgefördert. Mit den 1700 Wagen im Monat Februar haben Frankreich und Belgien in den beiden Monaten also im ganzen 2690 Wagen Kohle und Koks erhalten. Zum Vergleich diene die Feststellung, daß vor der Besetzung täglich im Durchschnitt 37 Reparationslohnzüge zu etwa 50 Wagen, also etwa 1860 Wagen aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich und Belgien gegangen sind. Die Besetzung des Ruhrgebiets hat also das Ergebnis, daß während eines ganzen Monats nicht einmal die tägliche Durchschnittslieferungsmenge abgefördert werden konnte, womit die Unproduktivität der Straßbahn schlagend erwiesen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das etwas bessere Ergebnis des Monats Februar nur dadurch möglich wurde, daß die Franzosen auf den Bahnhöfen herumstehende Kohlenzüge erbeuteten konnten. Da auf den Bahnen jedoch jetzt nur noch so viel Kohle gefördert und so viel Koks hergestellt wird, als für die Belieferung der industriellen Werke und für die Einhaltung der Vertragslohnzüge an Holland und Italien nötig ist, da ferner die für die Industrie bestimmte Kohle zwischen Zeche und Werk jetzt direkt durchläuft, sind die französischen Kohlenabzüge im vergangenen Monat noch unergiebiger geworden. Die 990 Wagen des Monats März stellen also im wesentlichen das magere Quantum dar, das die Franzosen selbst aus den Halben herauschaffen konnten. Eine Bestätigung haben die deutschen Angaben im Voraus durch die kürzlichen Feststellungen des „Echo National“ über die Ergebnisse der Kohraction erhalten.

Das Bemühen der Franzosen, dieses dürftige Resultat nach Möglichkeit zu verbessern, ist also verständlich, obwohl man vermuthlich in Frankreich selbst die Unproduktivität der Zwangsbeziehung längst eingesehen hat. So kommt es, daß gerade in den letzten Tagen eine ganze Anzahl Züge neu besetzt wurden, bis heute im ganzen 22. In Verbindung damit sollte wohl die geplante dritte Inspektionsreise des Ministers Le Troquer die zugehörigen Verbindungswege erschließen. Ohne die Antunft abzuwarten, sind die wichtigsten Bahnhöfe der Emscher Talbahn besetzt worden. Die Bahnhöfe Herne und Castrop sind bis jetzt noch nicht wieder frei geworden. Es ist wohl endgültig damit zu rechnen, daß die Franzosen die Emscherthalbahn militarisieren werden. Die Franzosen haben den deutschen Behörden zwar erklärt, sie wollten den Verkehr auf der Köln-Lindener Durchgangsstrecke Wanne-Herne-Dortmund nicht stören, falls die deutsche Eisenbahnverwaltung dem Abtransport von Kohle auf der Emscher Talbahn und der noch nicht militarisirten Strecke Herne-Needinghausen-Süd nichts in den Weg legen würde. Sie suchen also, was nicht uninteressant ist, in diesem Fall zu einem modus vivendi mit der deutschen Verwaltung zu kommen. Es ist wohl anzunehmen, daß die zuständigen deutschen Stellen, die über diese eigenartige Anregung zu entscheiden haben, aus grundsätzlichen Erwägungen und mit Rücksicht darauf, daß ein solches Abkommen ohne französischen Eingriff in den Betrieb nicht durchführbar wäre, sich ablehnend verhalten werden.

Die Franzosen werden also weiterhin auf ihre eigene Geschäftlichkeit im Betrieb militarisirter Strecken angewiesen sein. Das ist um so empfindlicher für sie, als der Rhein-Herne-Kanal durch die Sprengung bei Heinrichsburg für den Abtransport unbrauchbar geworden ist. Durch die Sprengung an der Stelle, wo der Kanal die Emscher überquert, wurde ein Loch gerissen, durch das das Wasser aus dem Kanal in die Emscher flüchtete. Der Kanal ist jetzt bis Herne, also auf eine Strecke von acht Kilometer, ausgelaufen, während die Emscher Hochwasserstand hat. Die Franzosen erklären zwar, daß sie den Schaden schnell reparieren könnten, doch ist das nicht anzunehmen. Auf jeden Fall ist aber damit zu rechnen, daß die Franzosen die Sprengung mit schweren, diesmal wohl weitergreifenden Reparaturen beantworten werden. Durch die in der Nähe des Bahnhofs Vuer-Nord erfolgte Sprengung einer die Straße überquerenden Eisenbahnüberführung ist auch der Betrieb auf der militarisirten Nordstrecke empfindlich gestört. Wie groß der Schaden an der Brücke ist, läßt sich nicht feststellen, da die Franzosen die Stelle in weitem Umfange absperrten. Die Sprengung hatte bereits zur Folge, daß die Stadt Vuer eine Geldbuße von 50 Millionen Mark auferlegt und der verschärfte Belagerungszustand in Form einer von 8 Uhr abends ab einsetzenden Straßensperre erklärt wurde. Die Stadt Vuer wird die Entrichtung der Geldbuße ablehnen.

So schrumpft die Aussicht der Franzosen, von den Beständen auf den Zügen nennenswerte Mengen abzutransportieren, immer mehr zusammen. Jrgend welche Hilfe erhalten die Franzosen auch auf den neubefreiten Zügen nicht. Die Arbeit der ausländischen Streikbrecher von oft sehr zweifelhafter Herkunft, die sie jetzt mitbringen, und auf den Kohlagern installieren, fällt nicht ins Gewicht. Auch inländische Streikbrecher haben sich hier eingefunden. Auf diese Weise erledigt sich das hier verbreitete Märchen, daß von Silber aus München faschistische Strohtrupps hierher geschickt worden seien. Es handelt sich zweifellos um Abenteurer, die hier Wallensteinerei treiben. Die deutschen Arbeiter auf den Zügen haben überall, wo die Franzosen in den Betrieb eingreifen, ihre Arbeitsstätte verlassen. In diesem Zusammenhang verdient ein Konflikt Erwähnung, der sich auf der Zeche „Matthias Stinnes“ ergeben hat, von der die Schächte III und IV besetzt wurden. Die Notstandsarbeiten werden, wie üblich fortgeführt, alle weiteren Arbeiten aber sind eingestellt. Die Direktion hat nun die Arbeiter aufgefordert, auf den südlich bei Karnap gelegenen Schächten I und II anzufahren und sich zu den unterirdisch damit verbundenen nördlich gelegenen Schächten III und IV, die von den Franzosen besetzt sind, zu begeben und dort außer den Notstandsarbeiten noch die üblichen Vorrichtungs- und Reparationsarbeiten auszuführen. Die Arbeiterleitung lehnte das ab, worauf die Direktion erklärte, daß jeder, der diese Arbeit nicht übernehme, seinen Lohn nicht erhalte. Die Forderung der Direktion auf Leistung der Vorrichtsarbeiten wird hier von den Vorkämpfern als gerechtfertigt und vernünftig erklärt, die Forderung auf Lohnsperrung jedoch, zu der sie nach den Abmachungen mit der Regierung gar nicht berechtigt sei, als sehr unklar bezeichnet, da sie geeignet sei, den Kampfeifer der Arbeiterleitung gegenüber dem Eingetragenen zu schwächen. Eine Besetzung der Vorkämpfer sollte zu der Drohung der Direktion Stellung nehmen, über ihr Ergebnis ist noch nichts bekannt. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Konflikt ebenso wie im Falle der Zeche Concordia bei Oberhausen, an den er erinnert, schnell beigelegt wird.

Deutscher Reichstag.

Beginn 2 Uhr nachmittags. — Ein Antrag Reuermann (D. Vp.), Marx (Centr.), Reich (D. Vp.) und Gen. auf Neuordnung der Lehrerbildung wird debattelos dem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes, der die Biersteuer vermindert und den Eintritt der Freistaaten Böhmen, Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft festlegt.

Abg. Roenen (Komm.) protestiert gegen die Verhinderung der Biersteuer und noch mehr gegen die in der Vorlage der Regierung gegebene Ermächtigung, die Steuer ohne Befragung des Reichstages weiter zu erhöhen. So werde zugunsten der Besigenden der Anteil der Verbrauchsteuer aus der Aufbringung der öffentlichen Kassen immer weiter erhöht. Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Kommunisten dem Steueraussschuß überwiesen.

Das Geldstrafengesetz, das die Geldstrafen der Geldentwertung anpaßt, wird in zweiter und dritter Beratung ohne Debatte endgültig angenommen.

Dann wird die zweite Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Abg. Kneff (Dem.) betont, seine Freunde seien durchaus für die Marktstabilisierung, der Abbau der Preise werde aber geführt durch den Wucher der Löhne bei den Holzstärkungen.

Abg. Dr. Reichert (D. Vp.) weist für die Industrie den Vorwurf zurück, daß sie durch Preisstreberei die Konsumenten ausbeute. Das Elend der deutschen Währung erhöhe die Produktionskosten derart, daß auch mit hohen Preisen die Gewinne der Vorriegszeit keineswegs erreicht würden. Die Regelung des Geschäftsverkehrs mit Belgien und Frankreich müsse durch den Auswärtigen Ausschuss schleunigst in einer Weise erfolgen, die der Notwendigkeit des Abwehrkampfes gegen den Ruhestörer Rechnung trägt.

Abg. Remmele (Komm.) polemisiert gegen den Vortrager, der für die Großindustrie den Grundsatz proklamiert habe: „Lerne klagen, ohne zu leiden.“

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker betont gegenüber den früheren Ausführungen des Abg. Dr. Reich, daß seine Haltung zum Ruhestörer mit der Haltung des Reichsministeriums durchaus im Einklang stehe. Es sei im Übrigen richtig, daß für die Einfuhr englischer Kohle nur eine bestimmte Anzahl Händler zugelassen sei; sonst wäre die Kohle sicher verteuert worden. Das Handwerks-Organisationsgesetz liege schon den Ländern zur Begutachtung vor. Das Ministerium sei bei den Ländern bemüht, eine Ermäßigung der Holzpreise zu erreichen.

Der Abg. Nieher warnt vor übereilten Schritten hinsichtlich der Devisen. Diese Warnung sei an sich nicht unbedeutend, denn wir seien in Deutschland leicht geneigt, uns von Stimmungen leiten zu lassen. Aber wir können uns nicht frei von Stimmungen machen. Wenn daher auf dem Gebiete der Devisenfrage die Regierung den einen oder anderen Schritt getan hat, mit dem so mancher nicht einverstanden ist, so muß etwas davon auf das Konto der Rücksichtnahme auf solche Stimmungen zugeschrieben werden. Jedenfalls hat schon die wiederholte Ankündigung der Regierung über Maßnahmen zur Beschränkung der Spekulation auf den Spekulanten gewirkt. Die Kohlenpreise werden nicht von den großen Kongressen bestimmt sondern vom Reichshändlerverband. Ebenso ist es beim Eisen. Das Reichswirtschaftsministerium prüft fortlaufend, ob die Preise für Kohle und Eisen gerechtfertigt sind. Der größte Teil unserer Ware steht heute über dem Weltmarktpreis. Die Ausfuhrabgabe ist auch nicht die einzige Belastung der Ausfuhr. Die wahlischen Anilinswerke habe ich nicht zu verteidigen. In den Akten des Ministeriums findet sich nichts über die Verhandlungen der Anilinswerke mit Frankreich. Mein Amtsvorgänger hat aber feinerzigt erklärt, man sollte von der Sache nicht so viel Aufhebens machen. Auch ich kann nur sagen, daß es sich um „olle Kammellen“ handelt. Vertreter einer international gesinnten Partei sollten doch nicht so großen Anstoß an internationalen Hand-

delshandlungen nehmen. Von der französischen Fabrik, die das Pulver erzeugen soll, sieht auch noch nicht ein einziger Stein. Wir sollten unsere Anlagen nicht gegen deutsche Industrielle, sondern gegen andere Stellen richten. Eine unparteiische Prüfung der Angriffe gegen die Anilinswerke ist nur möglich wenn sie von einem unparteiisch, nicht durch die Immunität gedeckten Mann eingeleitet und so der Beurteilung eines ordentlichen Gerichtes unterworfen wird.

Abg. Robert Schmidt (Soz.): Es ist außerordentlich bedenklich, daß solche Berliner Großbanken ihren Kunden Kontos in ausländischer Währung eröffnen. Dahinter verbergen sich viele Spekulanten. Die Gehalt- und Lohnempfänger bleiben in ihrem Einkommen meist zurück hinter der Preisentwertung in Industrie und Landwirtschaft. Die Preisentwertung der Kohle im Februar nach oben ist nicht gerechtfertigt, der Preis bleibt über dem Weltmarktpreis. Auch die Eisenindustrie steht mit ihren Preisen unerhört über dem Weltmarktpreis. Die Heraussetzung unserer Preise über den Weltmarktpreis ist nicht begründet. Die Industrie will die Preise nur deshalb nicht herabsetzen, weil sie fürchtet, daß die Käufer in Erwartung weiterer Preisrückgänge mit Käufen zurückhalten werden.

Abg. Remmele (Komm.) bezeichnet die Ministerrede als den Versuch einer Rechtfertigung des Vaterlandsverrats der Anilinswerke. Die als Vaterlandsverräter gekennzeichneten Vertreter dieser Werke, die Abg. Wolbenhauer und Reinath hätten den Mut zu einer Vertidigung nicht aufgebracht. (Präsident Loebe ruft den Redner zur Ordnung.) Warum hätten die Anilinsapitalisten nicht die gerichtlichen Schritte gegen die in der Öffentlichkeit und in der Presse erhobenen Anklagen unternommen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker: Die Behauptung des Abg. Remmele, ich hätte einen Rechtfertigungsversuch für die Anilinswerke gemacht, ist eine Verdächtigung, die im Rahmen der parlamentarischen Ordnung nicht zurückgewiesen kann. Es trifft auch nicht zu, daß in Oppau Pulver hergestellt worden sei. Wenn die Rohstoffe des Pulvers ins Ausland geschafft werden, so ist das doch nichts anderes, als wenn Eisen ins Ausland geht, aus dem Kanonen hergestellt werden können (Rufe der Kommunisten: Und wie ist es mit den deutschen Ingenieuren für die französische Munitionserzeugung?). Abg. Gothein (Dem.) weist den gegen seinen Fraktionsfreund Reinath erhobenen Vorwurf des Vaterlandsverrats zurück. Die Angelegenheit sei noch nicht vollständig geklärt. Nach dem Friedensvertrag hat Frankreich das Recht auf das Patent des Haber-Bosch-Verfahrens.

Die Stützungsaktion der Marx wird von den Demokraten energisch unterjügt werden, aber Zwang in dieser Frage sei ein ganz ungeeignetes Mittel. Von übermäßigen Gewinnern könne keine Rede sein. Angesichts der Verarmung der Aktionäre, sei die Rede des Abg. Schmidt sehr bedauerlich, denn sie führe die Einheitsfront.

Abg. Remmele (Komm.) bestreitet die Behauptung über die Verarmung der Aktionäre und verweist auf die Neubildung gewaltiger gewinnbringender Unternehmungen in Industrie und Schiffahrt.

Abg. Baff (D. Vp.) bezeichnet die Angriffe auf den Abg. Wolbenhauer als lächerlich, zumal schon Reichswirtschaftsminister Bauer im Jahre 1922 nach Prüfung der Angelegenheit festgestellt habe, daß die Anilinswerke keinen Beitrag gegen das Reich beibrächten.

Abg. Remmele (Komm.) hält demgegenüber an seinen Hauptthesen fest.

Damit schließt die Aussprache. Das Gehalt des Ministers wird gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt.

Heute Nachmittag 2 Uhr: Einzelberatung; außerdem Reichsarbeitsministerium und Entwurf gegen die Verarmung der Aktionäre.

Schluß nach 7 1/2 Uhr.

Die Antwort der Reichsregierung.

Über die Folgerung, die die Reichsregierung aus der Rede Lord Curzons im englischen Oberhaus für sich ziehen wird, läßt sich bis jetzt noch nichts Bestimmtes sagen, weil die Kabinett erst gestern mit dem Wortlaut der Curzonschen Rede die notwendige Grundlage für ihre Entscheidung erhalten hat. Es wird ohne Zweifel vor der Fassung endgültiger Beschlüsse auch noch dem Rat der Parteiführer des Reichstages hören wollen. Daß von deutscher Seite auf die Rede Curzons eine positive Antwort notwendig ist, ist die Auffassung in allen politischen und parlamentarischen Kreisen, die der Regierung nahe stehen, und es ist wohl auch richtig, wenn die „Zeit“, das Organ des Herrn Dr. Stresemann, es als sicher bezeichnet, daß die Regierung eine Antwort in positiver Form erlassen werde. Die Form, in der der Schritt der Regierung erfolgen soll, steht allerdings noch nicht fest. In erster Linie läme wohl eine Note an die Signatarmächte des Friedensvertrages in Betracht, in der ein konkreter Vorschlag enthalten ist. Wenn der „Lokalanzeiger“ glaubt, daß die Regierung sich schließlich für diese Form entscheiden werde, so hat das deshalb einiges für sich, weil sie sicherlich das klarste und offenste Vorgehen ermöglicht, und darauf kommt es ja in der jetzigen Situation schließlich an. Es ist, wie die „Zeit“, „Lokalanzeiger“ schreibt, nicht nur notwendig, daß die Regierung sich sehr bald entscheidet, sondern daß sie auch sehr präzise sagt, auf welchem Wege sie eine Verständigung mit der Gegenseite für möglich und erträglich hält. Darüber, daß es diesmal auf einen fest formulierten und klar umrissenen Vorschlag ankommt, hat die Rede Lord Curzons wohl niemand einen Zweifel gelassen.

Poincarés neue Denkmalsrede.

Die Rede, welche Poincaré Sonntag nachmittags in Soid im Meuse-Departement bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals gehalten hatte, brachte, wie zu erwarten war, keinerlei neue Erklärung von Bedeutung. Man sucht in der Rede vergeblich eine Äußerung über die voraussetzliche weitere Entwicklung des Ruhrkonfliktes. Die Rede Lord Curzons wird mit keinem Wort erwähnt. Nach harter Betonung der Deutschland zur Last gelegten Kriegsgreuel verächtliche Poincaré, das Ruhrgebiet sei nur besetzt worden, weil Frankreich auf eine schnelle direkte Verständigung mit den deutschen Industriellen und Arbeitern über die Reparationsleistungen gerechnet habe. Die Reichsregierung sei dafür verantwortlich zu machen, daß angesichts des von ihr organisierten Widerstandes der Charakter der Besetzung verschärft werden mußte.

Poincaré behauptete weiter, das von Rosenberg erwähnte Januar-Angebot von 30 Milliarden Goldmark sei nachträglich erfinden worden, jedenfalls mit Rücksicht auf die deutschen

Sozialdemokraten, die diese Ziffer genannt hätten. Auf jeden Fall wäre die Annahme eines solchen Angebots unter Bewilligung eines Zahlungsausschusses von drei bis vier Jahren ohne Pfänder und Garantien unmöglich gewesen. Frankreich hätte nicht so wahnsinnig sein können, dem Reich nochmals Vertrauen zu bezogen, nachdem das im Mai 1921 bewiesene Vertrauen von Deutschland so schändlich getäuscht worden sei.

Der Ministerpräsident ging weiter auf die deutsche Abrüstung ein und versuchte nachzuweisen, daß Deutschland die Berliner Abrüstungsbestimmungen nicht erfüllt habe. Poincaré teilte in diesem Zusammenhang mit, daß die Bevölkerung, und zwar alle Verbündeten, wie der Ministerpräsident nachdrücklich betonte, am vergangenen Mittwoch die deutsche Regierung aufgefordert haben, die militärische Organisation der Schutzpolizei aufzuheben.

Englisch-belgische Freundschaftswoche.

Sämtliche Berichterstatter englischer Blätter in Berlin beschäftigen sich eingehend mit dem Eindruck der Curzons-Rede auf die Regierung und die Reichsparteien. Sie stellen übereinstimmend fest, daß dadurch die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Entente erleichtert werden. Die deutsche Regierung schweige sich zwar noch aus, ob sie bereit sei, der Anregung des englischen Außenministers Folge zu leisten, aber es sei nicht wahrscheinlich, daß die Reichsparteien sich noch auf eine längere Wartezeit einlassen werden.

In der englischen öffentlichen Meinung wird die Reparationsfrage augenblicklich völlig durch die englisch-belgische Freundschaftswoche verdrängt, die mit der Enthüllung eines Denkmals der im Kriege in Brügge gefallenen englischen Matrosen begonnen hat. Sie soll Ende der Woche in Brüssel in den zwischen London und Brüssel vorher vereinbarten Bankettreden zwischen dem König und dem Prinzen von Wales ihren Höhepunkt finden, der keinesfalls politisch bedeutungslos ist. Obwohl die Leitartikel der großen englischen Blätter über Poincarés neueste Rede sich ausschweigen, geht aus der Aufmachung und der Kommentierung der Pariser Berichterstatter Londoner Blätter hervor, daß man den unversöhnlichen Ton in der Rede Poincarés gar nicht ungenutzt sieht, weil man davon eine Beschleunigung der englisch-belgischen Annäherung erwartet.

Wie man deutsche Eisenbahnen fangen will . . .

In Mainz fand vor einigen Tagen eine Verhandlung zwischen Mitgliedern der französischen Eisenbahnregie und 20 geladenen deutschen Eisenbahnbediensteten über die Wiederaufnahme des Dienstes durch die deutschen Beamten unter franzö-

frischer Regie. Hott. Die französischen Unterhändler, an ihrer Spitze ein Chefingenieur und Major Simonnet gab folgende Erklärung ab:

Die jetzt für kurze Zeit unterbrochenen Massenausweisungen gehen unversehrt bis zum letzten Eisenbahnzug weiter, wenn das Personal auf seinem absehbaren Standpunkt beharrt. Die französische Regie braucht die deutschen Eisenbahnen nicht; sie kann Polen und Österreich genug haben; sie wolle aber aus Rücksicht auf die rheinische Bevölkerung nichts unverfügt lassen, Einheimische zu gewinnen. Die deutsche Reichsbahnverwaltung komme nie wieder, gleichgültig in welcher Form das rheinische Eisenbahnen künftig betrieben werde. Wer jetzt sich der Regie zur Verfügung stelle, komme in gleich guter, oder sogar in höhere Stellung als früher. Die später kommenden müßten von unten anfangen. Den Ausgewiesenen ginge es im unbesetzten Deutschland schlecht. Ihnen drohe in erster Linie Entlassung durch die Deutsche Reichsbahn in Auswirkung des kürzlich im Reichstag wieder beschlossenen Beamtenabbaus. Falls wider Erwarten die französische Sache nicht siege, hätten die zu den Franzosen übertretenden Eisenbahnbediensteten nichts zu befürchten; man würde sie erforderlichenfalls in Frankreich unterbringen und geldlich großzügig entschädigen. Die deutschen Eisenbahnbediensteten erörtern einstimmig, zu solchen Verhandlungen nicht bevollmächtigt zu sein. Außerdem wären sie nicht gewillt, den Dienst zu brechen. Die Franzosen bemerkten darauf, daß sie eine neue Versammlung von bevollmächtigten Eisenbahnern in der Nähe der Grenze des besetzten Gebietes anberaumen würden.

Hiltler und die Deutschvölkischen.

Unter dem Material, das durch Hausdurchsuchungen bei den Führern der Deutschvölkischen Freiheitspartei beschlagnahmt wurde, befinden sich laut Priv.-Tel. der „Festl. Ztg.“ auch Briefe des Reichstagsabgeordneten Wulle, die auf die Zusammenhänge zwischen der Deutschvölkischen Freiheitspartei und der von Hiltler geführten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Bayern ein helles Licht werfen.

In dem einen Brief erklärt Wulle, das Programm der Nationalsozialisten sei letzten Endes dasselbe wie das der Deutschvölkischen. Was Hiltler selbst betreffe, so habe er für Bayern allerdings Programmunterschiede aufgestellt, die die Deutschvölkischen als parlamentarische Partei nicht voll vertreten könnten. Ein Hindernis aber für ein gemeinsames Vorgehen liege nicht vor. Im allgemeinen könnten die zum größten Teil aufgelösten vaterländischen Verbände sich nur dann durchsetzen, wenn sie durch die parlamentarische Vertretung der Deutschvölkischen zur Geltung kämen. Daher liege der Zwang vor, daß die Völkischen diese Verbände letzten Endes in sich aufzulösen müßten. Die Forderungen der Nationalsozialisten seien denen der Völkischen im ganzen gleich.

Noch deutlicher ist ein anderer Brief, der an den Geschäftsführer der Dresdener Geschäftsstelle der Deutschvölkischen Freiheitspartei gerichtet ist und den der „Vorwärts“ im Wortlaut veröffentlicht. Es heißt darin u. a.:

„Ihre Frage kann ich dahin beantworten, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei ihrem Grundcharakter nach dasselbe ist wie die Hiltler-Bewegung im Süden. Einige Programmunterschiede ändern daran nicht das geringste, abgesehen davon, daß die Verbände im Norden wesentlich andere sind als im Süden. Im übrigen ist unser Programm selbstverständlich noch nicht abgeschlossen. Es ist in der Entwicklung begriffen. Infolge der Gleichartigkeit unserer Bestrebungen hat sich auch die Großdeutsche Arbeiterpartei, die durch und durch nationalsozialistisch ist, mit uns verschmolzen. Sie können also mit Recht sagen, daß an der Hiltler-Bewegung etwas Verwandtes, im wesentlichen sogar Gleichartiges wäre. Beide Bewegungen wollen die völkische Macht erringen, die überhaupt die Voraussetzung ist für die Durchführung der schönen Programmpunkte. Deutlicher kann — wie die „Frankf. Ztg.“ dazu bemerkt — der maßgebende Führer der in Preußen aufgelösten Deutschvölkischen Freiheitspartei nicht aussprechen, daß diese Partei und die Organisation Hiltlers zwei Erscheinungsformen derselben Sache sind. Dies wird der Staatsgerichtshof, der demnächst über das Verbot der Partei zu entscheiden hat und der vor kurzem den staatsfeindlichen Charakter der Hiltlerischen Organisation ausdrücklich festgestellt hat, zweifellos bei seinen Beststellungen berücksichtigen.“

Kurze Nachrichten.

* Die Sitzung der Trikolore in Essen. Das Geheimnis der Flaggensitzung in Essen ist aufgeklärt. Essen hat einen neuen Platoonmandanten, und zwar zum ersten Male einen General, erhalten. General Densins hat von seinem früheren Posten in Bonn eine wunderschöne Flagge mitgebracht und hat diese hissen lassen. Sie wird jetzt täglich auf dem Kohlenstumpfplatz erscheinen und am Sonntag wird man die Flaggensitzung stets mit einer größeren Feierlichkeit vornehmen.

* Französische Eisenbahngesetze. Am 20. April gegen 9 Uhr vormittags fuhr der D-Zug Essen-Paris auf einem vor dem Bahnhof Düren haltenden Notzug auf, welcher kein Signal führte. Es sollen mehrere Wagen zertrümmert und eine Anzahl Personen getötet worden sein. Der Bahnhof wurde sogleich abgeblendet und die Unfallstelle in großem Umkreis abgesperrt. Am 21. April stieß ein aus der Richtung Düren kommender Zug bei der Einfahrt in den Bahnhof Guskirchen auf einen Beiwagen. Die Trümmer sind erheblich und man verzeichnet angeblich vier Tote.

Badischer Landtag.

Das Recht zum Bürgergenuß.

Dem Landtag ist vom Ministerium des Innern der Gesetzentwurf über das Recht zum Bürgergenuß (Bürgerrecht) zugegangen. Dieser Gesetzentwurf ist notwendig geworden durch die Neuordnung des Gemeindebereichs in der neuen Gemeindeordnung vom 5. Oktober 1921. Früher war das Gemeinderecht in zwei Gesetzen geregelt: der Gemeindeordnung und dem Bürgerrechtsgesetz. Letzteres enthielt die Bestimmungen über die Erwerbung des Bürgerrechts und die Rechte der Gemeindebürger. Während der 100 Jahren das Bürgerrecht die gesamte Rechtsstellung des Einzelnen im öffentlichen Rechts- und Wirtschaftsleben bestimmte, war als Abschluß einer langen Entwicklung der Bürgergenuß der alleinige Inhalt des Bürgerrechts geworden. Nachdem die neue Gemeindeordnung die Einwohnergemeinde restlos an Stelle der Bürgergemeinde gestellt hatte, waren die auf letztere bezüglichen Teile des Bürgerrechtsgesetzes gegenstandslos geworden. Es handelte sich also bei dem Entwurf darum, das Bürgergenußrecht, soweit es nicht schon in der Gemeindeordnung behandelt ist, zu regeln.

Der Entwurf schließt sich an den bestehenden Zustand an, soweit sich nicht aus den Bestimmungen der neuen Gemeindeordnung Änderungen notwendig ergeben haben. Vor allem betont der Entwurf den ursprünglichen Zweck des Bürgergenußes, die Wirtschaft des Einzelnen durch Naturerhaltung zu fördern. Ferner trägt der Entwurf der Notwendigkeit der Produktionssteigerung Rechnung. Auch aus der Erweiterung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden durch die Ge-

meindeordnung geht der Entwurf die Folgerungen. Dem berechtigten Wunsch der Gemeinden nach einer anderen Berechnung des Einlaufgeldes, die dem wirklichen Wert der Bürgergenüßungen mehr entspricht als bis jetzt, ist im Entwurf Rechnung getragen worden. Im Hinblick auf die schwierigen finanziellen Verhältnisse der Gemeinden mußte diesen fernere die Möglichkeit geschaffen werden, den Bürgergenuß durch die Auflage zur Bestreitung des Gemeindebedarfs schärfer heranzuziehen.

Die Kreisordnung

hat den Rechtsplegeausschuß in voriger Woche in zwei Sitzungen, die am Donnerstag und Freitag stattfanden, beschäftigt. Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Wahl der Kreisabgeordneten in Verbindung mit der Landtagswahl vorgenommen werden soll. Der Antrag wurde von den übrigen Parteien abgelehnt. Um den Bestzustand der Parteien bei Veränderungen auch dann zu wahren, wenn eine gemeinsame Wahlvorschlagsliste aufgestellt wird, wurde in § 18 Ziff. 2 folgende Bestimmung eingeschoben:

„Wurde von mehreren Parteien oder Gruppen eine gemeinsame Wahlvorschlagsliste eingereicht, so rückt derjenige nächste nicht gewählte Bewerber jener Partei oder Gruppe nach, welcher der Ausschreibende angehört hat.“

Die sonstigen Veränderungen waren ohne erhebliche Bedeutung. Bei der Endabstimmung wurde der Entwurf mit allen gegen die kommunistische Stimme angenommen.

Badische Übersicht.

Der 1. Mai in Baden.

Da im vergangenen Jahre in der Bevölkerung vielfach Unklarheit darüber bestand, ob der 1. Mai in Baden als gebotener Feiertag anzusehen sei, wird erneut darauf hingewiesen, daß nach Verordnung des Staatsministeriums vom 7. April 1919 der 1. Mai in Baden gebotener Feiertag ist.

Mit Rücksicht jedoch darauf, daß die landwirtschaftlichen Arbeiten vielfach noch im Rückstand sind, dürfen am 1. Mai landwirtschaftliche Arbeiten aller Art einschließlich Gartenarbeit vorgenommen werden.

Die Übernahme von Rechtsanwälten in den Staatsdienst.

In Nr. 79 des „Residenz-Anzeigers“ vom 5. April 1923 ist eine Notiz „Aus der Rechtsanwaltschaft“, mit folgendem Inhalt erschienen: „Auf Zulassung verzichteten die Rechtsanwälte Hermann Dittler in Freiburg, Constantin Hechenbach in Freiburg, Dr. Leo Kullmann in Karlsruhe, Dr. Otto Marx in Heidelberg, Friedrich Schmitt in Waldshut (diese wurden in den Staatsdienst übernommen).“

Wie uns dazu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, trifft die Bemerkung in der Klammer hinsichtlich der Rechtsanwälte Hechenbach, Marx und Schmitt nicht zu. Rechtsanwalt Hechenbach hat sich von der Berufstätigkeit vollständig zurückgezogen und sein Büro aufgelöst. Rechtsanwalt Marx ist ins Saargebiet übersiedelt und dort als Rechtsanwalt zugelassen worden und Rechtsanwalt Schmitt hat nicht auf Zulassung verzichtet, sondern ist in den Staatsdienst übernommen. Keiner dieser drei wurde somit in den Staatsdienst übernommen.

Von Knilling in Heidelberg.

Der bayerische Ministerpräsident von Knilling weilte am Sonntag in Heidelberg, um persönlich mit den von den Franzosen aus der Pfalz vertriebenen Landesleuten Fühlung zu nehmen und ihnen die lebhafteste Anteilnahme der bayerischen Staatsregierung an ihren Geschicken zu bekunden. Neben dem Ministerpräsidenten von Knilling waren u. a. der Regierungspräsident für Unterfranken Herr von Söhle und Staatskommissar Dr. Wappes erschienen, seitens der Stadt Heidelberg Oberbürgermeister Dr. Walz und Bürgermeister Drach, seitens der Universität der Rektor Geh. Hofrat Anshütz und Prof. Dieltz. Auch der frühere Heidelberger und jetzige Münchener Professor Geheimrat Enden war unter den Gästen zu bemerken. Der aus der Pfalz vertriebene Regierungsrat Matthäus dankte dem bayerischen Ministerpräsidenten, daß er in vorbildlicher Weise im rechtsfeindlichen Bayern und auch bei der Reichsregierung darauf hingewirkt habe, um das Schicksal der Vertriebenen zu erleichtern. Weiter dankte er den Vertretern der Stadtverwaltung, der Universität und der Reichsbehörden für ihr Ergehen, sowie besonders dem Regierungspräsidenten für Unterfranken und Waldshut, dessen besondere Fürsorge für Pfälzer Kinder er hervorhob. Für die Vertriebenen selber aber müsse er den Dank abgeben. „Was wir getan haben, war eine Selbstverständlichkeit, war eine Pflicht dem Vaterland gegenüber. Wir haben nur Körpergehefte geleistet. Wir gedenken der tapferen Männer, die in den Gefängnissen von Mainz, Zweibrücken usw. ungleich schwereres zu ertragen haben. Gerade in den letzten Tagen haben die Franzosen neue schwere Schläge geführt, die in ihrer Brutalität kaum zu überbieten sind, um unsere Widerstandskraft zu erschüttern. Die Franzosen müden deutschen Gemeinden zu, deutsche Vertreter für deutsche Eisenbahnen einzustellen, die aus vaterländischer Pflicht ihren Dienst verlassen haben! Wenn wir Pfälzer von den Höhen Heidelbergs hinüberschauen nach der Ebene und sehen die Hardt und die Türme des Speyerer Doms, so empfinden wir die ganze Bitternis des Gefühls, daß wir nicht mehr dort sein dürfen, wo unsere Heimat ist und wo unsere Toten begraben liegen. Aber wir sagen uns: Noch ist der Tag nicht gekommen, aber er wird kommen, wo wir wieder hinüber dürfen über den Rhein! Sollte auch auf dem Turme unseres ehrwürdigen Domes in Speyer wie auf dem herrlichen deutschen Stabsquartier Minister die blau-weiß-rote Trikolore flattern, dann werden wir nur um so fester und härter in unserem Willen, auszuhalten! Und mit uns muß das ganze deutsche Volk ausharren. Das Schicksal Deutschlands entscheidet sich durch unser Beharren in diesem Kampf!“

Sobann nahm

Ministerpräsident v. Knilling

das Wort. Ich habe schon längere Zeit, führte er aus, die Absicht gehabt, einmal hierher an die Vorderpfalz zu kommen, und zwar aus einem doppelten Grund. Ich wollte mich hier, wo ich dem Schauplatz des weltgeschichtlichen Kampfes, der sich im besetzten Gebiet abspielt, näher hin, über die Verhältnisse persönlich unterrichten, ich wollte aber auch dadurch, daß ich hierherkam, zeigen, daß die lausliche Staatsregierung unablässig an die Geschiede derer denkt, die in diesem schweren Ringen in vorderster Reihe gestanden haben und die in ihrer Treue zum Vaterlande und in ihrer Pflichterfüllung gedungen waren, die keimhafte Scholle zu verlassen. Was die Franzosen mitten im Frieden dem deutschen Volk mit Gewalt antun, das schreit zum Himmel. Wir vermüssen es immer noch, daß sich das Ausland nicht über das Treiben der Franzosen einer annähernd gleichen Empörung darüber hingibt, als wie damals gegen uns, als

man auf die Deutschen Lage auf Lüge häufte. Ich habe vor einigen Wochen im Badischen Landtag gesagt, es wäre notwendig, daß im unbesetzten Gebiet jeder so fühlt und jeder sich so einstellt, als ob er im besetzten Gebiet wäre! (Sehr richtig!) Ich muß es laut aussprechen: Ich wünsche hier und in den weitesten Kreisen des unbesetzten Gebietes bei allen Einwohnern die fortwährende Beschäftigung mit dem Schicksal derer, die für ihr Deutschland leben und die ihrem heimatlichen Gebiet den Rücken wenden müßten. Es wird in diesem Kampf nicht bloß um Einzelschicksale gerungen, sondern um Deutschlands Sein oder Nichtsein, um Deutschlands Zukunft. Wir im unbesetzten Gebiet kreieren uns oft Tag für Tag um Dinge, die gegenüber den gewaltigen Schicksalsfragen des deutschen Volkes schließlich doch alles Nichtigkeits sind! Die Einheitlichkeit, die hier in der Kampffront herrscht, sie tut uns im unbesetzten Gebiet not, sie sollte auch zu Hause ohne Unterschied der Parteien und Personen bestehen! Ich empfinde es als meine Pflicht, Ihnen allen, Männern und Frauen, die Sie vom Pfälzer Boden vertrieben worden sind, meinen aufrichtigen aus innerster Überzeugung kommenden Dank auszusprechen.

Wir gedenken heute auch aller derer, die für ihr Deutschland gelitten haben, die ausgewiesen sind, die vor ein Kriegsgericht geschleppt wurden, deren Urteil von vornherein feststand, weil es sich ja „nur um Deutsche“ handelte, die auf die Straße gesetzt und in Gefängnisse geworfen wurden. Demgegenüber wirkt es erhebend, wenn man hört, wie in der Pfalz alles zusammenhält. Wir haben gehört, daß der Gegner in seinen Taten der Bedrückung noch immer neue Drangale erfindet, wie er neuerdings die Ausgewiesenen sogar ihrer letzten Werte, ihrer Wohnungsböden, berauben will! Ich bin überzeugt, daß auch dieser feindliche Gewaltstreich nie dazu führen wird, daß der Geist des festesten Widerstandes gebrochen wird.

Die Versammlung ist ein erfreulicher Beweis des Zusammenhaltens und vaterländischen Geistes, aber auch eine betrübliche Deerschau, weil die Reize derer, die dem harten Schicksal der Verbannung verfielen, immer größer und zahlreicher wird. Ich werde alles, was in meinen Kräften steht, tun, um das Schicksal der braven Pfälzer zu erleichtern. Treue soll mit Treue vergolten werden. Es lebe unsere schöne deutsche Pfalz! Es lebe unsere treuen heldenhaften Pfälzer!

Ministerpräsident v. Knilling wird in Heidelberg mehrere Tage verweilen. Er wird u. a. mit den Kreisen der pfälzischen Vertriebenenfürsorge eingehend Rücksprache nehmen und plant von Heidelberg aus mehrere Abteiler nach benachbarten Städten. So ist auch ein Besuch von Mannheim vorgesehen.

Einführung von Sofort-(Blitz-) Gesprächen im Fernsprechnetz.

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels richtete an den Herrn Reichspostminister eine Eingabe, in welcher er auf die Zweckmäßigkeit der Einführung von Sofort-(Blitz-) Gesprächen hinwies. Der Herr Reichspostminister hat dem Zentralverband erwidert, daß die Frage der Einführung von Sofort-(Blitz-) Gesprächen eingehend geprüft worden ist. Dabei haben sich wegen der gegenwärtigen starken Belastung fast aller Fernleitungen, namentlich derjenigen auf größerer Entfernungen, erhebliche Bedenken gegen die gewünschte Gesprächsart ergeben. Die Fernsprecheinrichtungen zwischen den wichtigsten Orten sind gegenwärtig nicht nur während der Hauptverkehrsstunden sondern weit darüber hinaus fast ausschließlich durch dringende Verbindungen in Anspruch genommen, wovon der überwiegende Teil auf Anmeldungen des Großhandels und der Versandanstalten entfällt. Würden Blitzgespräche zugelassen werden, so würden voraussichtlich wiederum diese Stellen in erster Linie davon Gebrauch machen. Es wäre auch damit zu rechnen, daß kein Betrieb, was namentlich auf die Banken zutrifft, hinter dem anderen zurückstehen wollte, und daß deshalb die Zahl der Blitzgespräche bald stark anwachsen würde. Dadurch würde der übrige Handel, die Industrie und andere Teilnehmer, die die hohen Gebühren für Blitzgespräche nicht aufwenden, in ihrem Fernsprechnetz stark zurückgedrängt werden und sicher mit lebhaften Klagen hervortreten; es würde aber auch unbillig sein, Blitzgespräche in größerer Zahl mit der nötigen Beschränkung abzuwickeln. Unter den obwaltenden Verhältnissen können jedenfalls Blitzgespräche zwischen Orten, zwischen denen nur eine Leitung zur Verfügung steht, nicht zugelassen werden, da der einzige Weg für eine möglichst breite Teilnehmerzahl offen gehalten werden müßte. Ähnlich liegen die Verhältnisse, wenn die Zahl der Leitung gering ist. Stehen dagegen zahlreiche Leitungen zur Verfügung, was namentlich bei kurzen Entfernungen zutrifft und in immer größerem Umfang der Fall sein wird, wenn das im Bau befindliche große Fernnetz nach und nach in Betrieb kommt, so werden auch gewöhnliche, mindestens aber dringende Gesprächsanmeldungen in verhältnismäßig kurzer Frist erledigt werden. Zur Einführung von Blitzgesprächen liegt dann kein Bedürfnis vor. Wenn einzelne Betriebe nach bestimmten Orten besonders starken Gesprächsverkehr haben, der die Aufwendung hoher Fernsprechnetzkosten lohnt, so empfiehlt es sich, wie es in letzter Zeit schon in einigen Fällen geschehen ist, unmittelbare Fernsprechnetzverbindungen für den eigenen Gebrauch herzustellen zu lassen oder zu mieten. Die Bedingungen, unter denen solche Leitungen (Querverbindungen, besondere Teleglyphen) bereitgestellt werden, könnten bei den Oberpostdirektionen erfragt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Peterszell, 23. April. Der Gendarmenposten St. Georgen ist es gelungen, einen Butterdieb zu verhaften, der in einem Koffer etwa 23 Pfund Butter bei sich führte.

DZ. Aberglingen, 23. April. Am Freitag nachmittag fand vor der Leichenhalle für die Opfer des furchtbaren Unfalles beim Bau des Speicherkraftwerkes eine stille aber würdige Trauerfeier statt, zu der auch der Bürgermeister von Aberglingen, der gesamte Gemeinderat, Vertreter der Behörden neben solchen der Arbeiterchaft und der Bauleitung sich eingefunden hatten. Der Feier wohnte auch ein großer Teil der Einwohnerschaft bei.

Aus der Landeshauptstadt.

* Die gestellte Miete des April 1923 beträgt hier, auf diesen einen Monat umgerechnet, nach einem unverändlichen Durchschnittsatz insgesamt das 23fache der Jahresgrundmiete.

* Der Spielplan der Badischen Lustspiele — Konzerthaus dürfte diesmal besonderes Interesse erregen: Seit ältester Zeit strebt der erdgebundenen Menschheit forschender Geist in die unendlichen Fernen des Weltens. Sonne und Mond sind vielfach Mittelpunkte religiöser Kulte gewesen, wie die Sterne Gegenstand abergläubiger Betrachtung. Ihr Stand in der Geburtsstunde eines Menschen sollte sein Schicksal bestimmen. Derartige Anschauungen, deren Spuren noch mindestdens in der Erinnerung nachwirken, machen das Sehen beargwöhnlich näheres zu erfahren über jene Weltfernen. Der unter Leitung des Herrn Geheimrat Dr. Niethe an der Berliner Sternwarte hergestellte Lauffreife „Unsere Nachbarn im Weltensraum“ führt uns in die Sphären des funkelnden Sternhimmels. Von

ganz nahe sehen wir die Sonne, erkennen das Wandern der Sonnenflecken, jener riesigen Wirbelstürme und beobachten die feurigen Ausbrüche, die Protuberanzen. Die Mondalpen, den Mars mit seinen Kanälen, Saturn mit seinen merkwürdigen, aus Millionen freischwebender Körper zusammengesetztem Ring, die Fixsterngruppe der Plejaden, die Nebel des Orion, all das zeigt uns der Film. Und nun steigen wir wieder zur Erde hernieder in die Schiffsstube eines stillen Wehlers, in Friedrichs Reich, aber nicht um im Märchenlande mit ihm uns zu tummeln. Nein, auch hier wieder sind es sorgfältige Beobachtungen wissenschaftlicher Forschung, die uns hochinteressante Bilder vorführen. Den Abschluß des Spielplans bildet eine herrliche Reise entlang Norwegens Fjordküste. Von Bergen auslaufend nimmt der Dampfer mit nördlichem Kurs seinen Weg durch die Schären der reichgegliederten Felsküste und fährt uns in einwöchiger Seereise in das Reich der Mitternachtssonne und an die Grenzen der russischen Eisläufe.

Verschiedenes.

Zur Zeppelin-Ozeanfahrt.

Englische Mäler berichten aus New York Einzelheiten über die in diesem Jahre geplante Ausführung der Fahrt eines riesigen Zeppelins von Deutschland nach Chicago. Der Luftkrieger wird auf der West- von Friedrichshafen gebaut und in Kürze fertiggestellt sein. Er ist nach seinem Ausmaß und nach der Stärke der Motoren das größte Luftschiff, das bisher vom Stapel gelassen worden ist. Bei seinem Bau sind in erster Linie die Erfahrungen berücksichtigt worden, die man mit den bekannten und erprobten Passagier-Luftschiffen Nord-Ost und Nordwest gemacht hat. Der neue Zeppelin ist das erste Luftschiff, das nicht auf Reparationskonto abgeliefert wird. Das Schiff ist von der amerikanischen Regierung bestellt worden, und sowohl bei der Entwerfung der Pläne wie auch bei der Ausführung des Baues selbst sind ständig amerikanische Ingenieure in Friedrichshafen zugegen gewesen. Nachdem der Bau monatelang mit aller Sorgfalt ausgeführt worden ist, wird das Schiff im April flugbereit sein. Die ersten Probeflüge sollen südwärts über Schweizer Gebiet unternommen werden. Der Monat Mai ist als einer der weiterbestimmten dafür in Aussicht genommen. Im Juni wird das Schiff nach Berlin übersiedeln und in Staaten vor Anker gehen. Hier wird es endgültig für den großen Ozeanflug ausgerüstet werden, der in der zweiten Hälfte des Jahres — unbestimmt in welchem Monat — stattfinden soll. Die amerikanische Regierung legt Wert darauf, daß das Schiff die Ozeanfahrt in einem Dauerflug von Berlin bis Chicago zurücklegt. In Chicago wird für diesen Zweck ein Luftschiffhafen angelegt, wo das Schiff vor Anker gehen soll. Eine große Luftschiffhalle ist dort im Bau begriffen. Bis zur Übernahme durch die amerikanische Regierung segelt das Schiff unter deutscher Flagge. In America sieht man dem Ereignis, wie sich denken läßt, mit der größten Spannung entgegen. Man ist überzeugt, daß durch die Zeppelin-Schiffe das Problem des Ozeanfluges mit großer Sicherheit gelöst werden wird.

Der Zukunftskrieg.

Kapitän Ollber veröffentlicht in The Military Engineer einen Artikel über den mit chemischen Mitteln geführten Krieg. „Die chemische Waffe“, sagt er, „hat im letzten Krieg 27,6 Prozent der Gesamtverluste der amerikanischen Truppen verursacht.“

Impfung betr.

Die unentgeltliche Impfung der Kinder der Stadt Karlsruhe (einschließlich der Stadtteile Mühlburg, Daxlanden, Grünwinkel und Rüppurr) wird an den nachgenannten Tagen durch den Bezirksarzt I hier vorgenommen und zwar:

- Montag, den 30. April 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule.
- Mittwoch, den 2. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule.
- Freitag, den 4. Mai 1923, nachm. 5 1/2 Uhr, Mühlburg, Hardtstr. 5.
- Montag, den 7. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau).
- Dienstag, den 8. Mai 1923, nachm. 5 1/2 Uhr, Mühlburg, Hardtstr. 5.
- Mittwoch, den 9. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau).
- Freitag, den 11. Mai 1923, nachm. 5 1/2 Uhr, Mühlburg (Nachschau).
- Samstag, den 12. Mai 1923, vorm. 8 Uhr, Daxlanden (Kinderschule).
- Samstag, den 12. Mai 1923, vorm. 10 Uhr, Grünwinkel (Schulhaus).
- Montag, den 14. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule.
- Dienstag, den 15. Mai 1923, nachm. 5 1/2 Uhr, Mühlburg (Nachschau).
- Mittwoch, den 16. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule.
- Donnerstag, den 17. Mai 1923, nachm. 5 1/2 Uhr, Rüppurr (Turnhalle).
- Freitag, den 18. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule.
- Samstag, den 19. Mai 1923, vorm. 8 Uhr, Daxlanden (Nachschau).
- Samstag, den 19. Mai 1923, vorm. 10 Uhr, Grünwinkel (Nachschau).
- Dienstag, den 22. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau).
- Mittwoch, den 23. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau).
- Donnerstag, den 24. Mai 1923, nachm. 5 1/2 Uhr, Rüppurr (Nachschau).
- Freitag, den 25. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau).
- Montag, den 28. Mai 1923, nachm. 5 1/2 Uhr, Mühlburg, Hardtstr. 5.
- Dienstag, den 29. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule.
- Mittwoch, den 30. Mai 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule.
- Freitag, den 1. Juni 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule.
- Montag, den 4. Juni 1923, nachm. 5 1/2 Uhr, Mühlburg (Nachschau).
- Dienstag, den 5. Juni 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau).
- Mittwoch, den 6. Juni 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau).
- Freitag, den 8. Juni 1923, nachm. 5 Uhr, Gartenschule (Nachschau).

Geimpft muß werden:
1. jedes Kind vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres, sofern es nicht nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Mattern überstanden hat;
2. jeder Bögling einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule innerhalb des Jahres, in dem er das zwölfte Lebensjahr zurückgelegt, sofern er nicht nach ärztlichem Zeugnis in den letzten 5 Jahren die natürlichen Mattern überstanden hat oder mit Erfolg geimpft worden ist;

Künftig werden die Mäler die neuen Methoden und ganz unglaubliche Mengen von Giftgasen bei der Kriegsführung verwenden. Wenn einmal diese Todesmittel verwendet werden, so wird es zweifellos mit Hilfe von Aeros ohne Lenker Flugzeuge, die so gut wie unangreifbar sein würden. Während einer Nacht werden ganze Städte, die vom strategischen Standpunkt wichtig sind, vernichtet werden. Die Zivilisten, Kinder, Frauen, Greise, Jung- und Approximierungs- und, kurz alle Lebewesen werden getötet werden, wie durch eine schreckliche Naturkatastrophe. Das ist keine Phantasie eines Romanschriftstellers, sondern eine sachliche Voraussage eines technischen Sachverständigen. Die chemische Waffe ist gegenwärtig ein mächtiges Angriffs- und Verteidigungsmittel. Die Überlegenheit im Kriege wird jenem Lande gehören, welches, indem es die Notwendigkeiten der Zukunft begreift, während des Friedens seine industrielle Macht vergrößert, die Weltmärkte für chemische Produkte gewinnt und welches imstande sein wird, seine Fabriken sofort für die Kriegsindustrie umzugestalten.“

Freie Aussprache.

Wir veröffentlichen unter dieser, vom Verleger verantwortlichen Rubrik, die von den Lesern und Mitarbeitern des Blattes eingereichten Beiträge zu den in der Rubrik angegebenen Themen. Die Beiträge sind in der Rubrik veröffentlicht, wenn sie nicht ausdrücklich dem Verleger vorbehalten sind.

Schule und Lehrbuch.

Von Dr. Erich Walter Duffen-Billingen.

Das lehrbüchergeladene, persönlich gerichtete Handwerk wurde in den letzten Jahrzehnten von einem unpersonlichen Industrielismus verdrängt. Neben die Qualität der Arbeit trat die Quantität der Produktion nicht nur als neuer konkurrierender Wirtschaftsbegriff, sondern bald auch als der einzige Grundfaktor in der Gütererzeugung in der Welt. In die Stelle des Handwerkers trat die Maschine, an die Stelle des persönlichen Handwerksarbeiters der unpersonliche Mechanismus. Während das neue Wirtschaftsinstrument, die Maschine, in Verbindung mit der technischen Wissenschaft einer präzisieren Vervollkommnung entgegensteht, sank der Industriebesitzer durchweg zum handlangenden Diener der Maschine herab. Das mechanische Werkzeug wurde alles, die lebendige Individualität wenig oder nichts.

Diese ursprünglich rein wirtschaftliche, heute schon wieder teilweise glücklich überwindene, industrialistische Bewertungsweise erfaßt bald auch zahlreiche Gebiete unserer Gegenwartskultur, mit der unbewußten Tendenz, diese zu einer Gegenwartszivilisation herabzubringen. Die Menschen wurden nicht mehr nach ihrem Persönlichkeitswert, sondern nach der Massenhaftigkeit bewertet. Auch die Hauptvermittlerin der Geisteskultur, die Schule, wurde industrialisiert und steigerte sich äußerlich in eine fabrikmäßige Massenproduktion von Abiturienten hinein. Weder sah man mehr im Schüler die werdende Persönlichkeit noch im Lehrer den eigenverantwortlichen Erzieher, sondern man kannte zusehends immer mehr nur noch bearbeitbares Schülermaterial und beamteten geistigen Produzenten. Zwischen beiden stand als Arbeitsinstrument das Lehrbuch.

Das Lehrbuch wurde also die Maschine zur geistigen Verarbeitung des Schülers. Es war im Zeitalter des Industrielismus nur konsequent, wenn man nunmehr auf das Lehr-

buch und dessen mechanische Handhabung das ganze Augenmerk richten zu müssen glaubte. Ein großer Teil der üblichen produktiven Pädagogik, einschließlich der experimentellen, erschöpfte sich in der Neubearbeitung und Verfeinerung der Lehrbücher, in der Anpreisung und Erprobung wenig geistvoller, schematischerer didaktischer Grundzüge, in pädagogischen Tricks und blendenden Kunstgriffen. Alle Welt wußte, damit sei alles getan. Aber es kam dabei außer acht, daß man jugendliche Menschen mit Fleiß und Mut vor sich hatte. Und es wurde übersehen, daß gerade das vollkommene Lehrbuch auch einen umfassenden, vielseitig gebildeten Kopf als Lehrer erforderte. Das Lehrbuch erlebte eine Überschätzung, der Lehrer eine Unterschätzung. Infolgedessen legte sich der Schwerpunkt des Schulunterrichts auf das mechanisch-memotechnische Lernen von gedruckten Tatsachen, anstatt auf den geistigen Wiederaufbau zur Gegenwart, der vornehmsten Aufgabe des Lehrers. Das aufnehmende Gedächtnis des Schülers wurde bis zur Virtuosität gesteigert, der eigene kritische Gedanke jedoch erstarrte. Der gedanklenarmen Mechanisierung in dem Wirtschaftsleben entsprach die in der Schule. Mit routinierter Methode und raffinierter Zeiteinteilung wurde ein schier unermesslicher Stoff in einer verwirrenden Fülle von Fächern durchgepeitscht: Wissenswertes neben Nichtwissenswertem. Aber für anregende Erklärung, weiter ausführende Betrachtung, für geistige innere Verarbeitung des Stoffes und Schärfung des kritischen Auges der Schüler fehlte die Muße, deren Existenznotwendigkeit eine mechanistisch empfindende Zeitströmung in Abrede stellte. Die Schule ging immer mehr in die Breite, immer weniger in die Tiefe. Der Schüler lernte wohl vielerlei, aber er verlor die das Urteilen. Der Mensch wurde zahlreicher, aber futurärmer.

Die nächsten Jahre werden, vorausgesetzt, daß nicht unsere wirtschaftliche Verelendung die geistigen Quellen verhäutet, neue Lehrbücher und Umarbeitungen aller bringen. Der Buchstabe löst, der Geist macht lebendig. Selbstverständlich muß das Lehrbuch die festen Tatsachen eines Fachs zum Inhalt haben. Aber je kürzer, desto besser. Das Buch verzichte auf alles, was nicht für das grammatische oder historische Verständnis unbedingt grundlegend ist; dafür ziehe der Lehrer die Parallelen zu unserer lebendigen Gegenwart und richte den Blick der Schüler nicht nur rückwärts, sondern auch vorwärts. Eine angemessene Verteilung der Stoffquanten ermöglicht es, daß dem Lehrer und der Klasse etwas von mittelalterlich-höflicher Muße gesinnt wird. Dann erst wird der Lehrer — was sein Lehrbuch fertig bringt — dem Stände der Klasse entsprechend in die geistigen Tiefen hinabsteigen und die letzten Probleme ansprechen können. Das Lehrbuch muß künftig auf seine heftigsten, papierenen Stellen verzichten. Dagegen soll der Lehrer mit seinen interpretierenden Gedanken, seiner lebensvollen geistigen Eigenart wieder im Mittelpunkt des Unterrichts stehen. Eine mechanische, auf Seitenzahlen schielende Durchsicht des Stoffes muß einer freien, gedankentiefen Verarbeitung des Stoffes Platz machen. Bindend allein ist die Wissenschaftlichkeit. In der pädagogischen Zerlegung, Anordnung und Bearbeitung aber sei dem Lehrer Freiheit eingeräumt.

Wenn wir uns so im höheren Unterricht vom Autorität heischenden Buchstaben unabhängig machen und uns in die reine Atmosphäre der geistigen Durchdringung, intellektuellen Stellungnahme und kritischen Urteilsübung erheben, wird der geistige Blick unserer Jugend wieder klar und scharf.

Reichsbankdiskont 18 Lombardfuß 19

Badisches Landestheater.

Mittwoch, 25. April. 5—n. 7/10 Uhr. Sp. I. 6000 M. Abonn. F 19. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701—900.

Der Ring des Nibelungen. II. Tag:

Siegfried

Heimzahlung von Schuldverschreibungen.

Die Stadtgemeinde Lörrach kündigt gemäß der Darlehensbedingungen auf die beigefügten Termine zur völligen Heimzahlung:
Die Schuldverschreibungen der Darlehen vom Jahre
a) 1905 auf 1. Juni 1923
b) 1911 auf 1. Dezember 1923.

Die Einlösung zum Nennwert erfolgt gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen bei der Stadtkasse Lörrach und den auf den Zinscheinen angegebenen Verkaufsstellen.

Die unerkauften Zinscheine mit Erneuerungsscheinen sind zurückzuliefern; für fehlende unerkauften Zinscheine wird der Wertbetrag derselben am Kapitalbetrage abgezogen.

Lörrach, den 9. April 1923.

Der Stadtrat der Kreisstadt Lörrach.

Für den Sommerkurs an der Kreisbahnhaltungs-schule in Bühl wird eine

Gaushaltungslehrerin

zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen sind schriftlich bei der Forstlerin der Kreisbahnhaltungs-schule in Bühl einzureichen.

Kreisaußschuß Baden.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
R. 952. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Fritz Urgus in Karlsruhe, Werderstr. 14, wurde wegen ungenügender Masse aufgehoben.

Gerichtsschreiber Amtsgericht A I Karlsruhe.

Stangenversteigerung

Das Forstamt Mittelberg in Ettlingen versteigert: Montag, den 30. April 1923 um 9 Uhr in der Mühle in Marzell aus den Staatswaldungen Distrikt I, II, IV—VII: 1402 Laustangen, 286 Hagstangen und Baumstämme, 4365 Sopsenstangen, 6200 Nadelstangen und 1995 Bohnenstangen.

R. 948. Förster Eisele in Marzell.

Badische Lichtspiele - Konzerthaus
Mittwoch, 25., Donnerstag, 26., Samstag, 28. April,
8 Uhr abends, Samstag auch 5 Uhr nachmittags
Unsere Nachbarn im Welkenraum — Allerlei aus dem Frcschreich — Die menschliche Maschine — Dampferfahrt entlang Norwegens Fjordküste
Siehe Plakatsäulen

Stadtkassenbuchhalter
gesucht. B.402
der in allen Zweigen des Gemeindefinanzwesens durchaus erfahren u. auch zur selbständigen Führung einer größeren Stadtkasse befähigt ist. Bewerbungen mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und Zeugnissen sind zu richten an Stadtkassendirektor L. 23.

Murgbahn Klosterreihenbach - Raumünzsch.
Eisenbahntunnel beim Kallenbach.
Zur Vergebung kommt der 90 Mtr. lange Kallenbach-tunnel, die beiderseitigen Voreinschnitte mit etwa 2 000 cbm Erd- und Felsbewegung, u. die Herstellung von 1000 cbm Betonerschotter und 3000 cbm Bahnschotter aus Einschnitteinheiten.
Pläne, Bedingnisheft und Angebotsentwurf liegen bei der unterzeichneten Stelle auf, letztere werden daselbst um 1000 Mark abgegeben, Versand nach auswärtig erfolgt nicht. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis 4. Mai nachmittags 3 Uhr an die unterzeichnete Stelle einzuliefern, wofür zu diesem Zeitpunkt die Eröffnung der Angebote erfolgt.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Klosterreihenbach, Wittg., den 20. April 1923.
Eisenbahnbauaktion.

Die Feststellung von Straßen- und Baufluchten betr.
Durch den Bezirksrat sind folgende Straßen- und Baufluchten festgestellt worden:
1. an der Südseite der Zeppelinstraße,
2. an der Dreifamstraße und „Rink der Alb“.
Die Pläne liegen während zwei Wochen beim städt. Tiefbauamt zur Einsicht auf.
Karlsruhe, den 19. April 1923.
O.-B. 30. Bad. Bezirksamt III.

Unser Discontsatz beträgt 18%
unser Lombardsatz beträgt 19%
Mannheim, den 23. April 1923.
B.406. **Badische Bank.**

EINTRACHTSAAL
Donnerstag, 26. April, abends 7 1/2 Uhr:
SONATEN-ABEND
Dr. Karl Brückner • Dr. Friedrich Munter
Keine Freikarten / Karten zu 1500, 1200, 800 M.
zuzügl. Steuer u. Programm in der Musikalienhandlung
Fritz Müller

Druck der Karlsruher Zeitung.